

Protokoll der öffentlichen Sitzung
des Beirats von und für Menschen mit Behinderung
im Bezirk Tempelhof – Schöneberg



Datum: 31.05.2017
Leitung: Franziska Schneider
Ort: Rathaus Schöneberg
Sitzungssaal 2112

Anwesende: Siehe Liste
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr
Protokoll: Helmut Gillmeister
Franziska Schneider

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung des Protokolls vom 29.03.2017

Fr. Schneider begrüßt die Teilnehmer_innen, dabei insbesondere als Gast Hr. Hennings (BA-Leitung Serviceeinheit Finanzen).

Sie teilt mit, dass die Vorsitzende Fr. Lindner sowie deren Stellvertreterin Fr. Dr. Wilhelm kurzfristig erkrankt sind. Fr. Kurze (AWO SüdWest), Fr. Schwarz und Herr Wiedeburg (beide SoVD), Hr. Brühl (Fürst Donnersmarck, wird vertreten durch Fr. Bielefeld) und Hr. Franck (BVV-Fraktion AfD) sind ebenfalls entschuldigt.

Die Beschlussfähigkeit des Beirats wird festgestellt.

Das Protokoll vom 29.03.2017 wird angenommen.

Die Teilnehmer_innen stellen sich kurz mit Namen und Organisation bzw. als Selbstvertreter_innen vor.

2. Bestätigung der endgültigen Tagesordnung

Zur Tagesordnung unter TOP 3 (Bezirkshaushalt) merkt Fr. Bielefeld an, dass in diesem Zusammenhang auch die dem BA vorliegenden behindertenpolitischen Kernforderungen des Beirats zur Sprache kommen sollten.

3. Bezirkshaushalt 2018/2019: Zusammensetzung, Grundlagen, Verfahren der Haushaltsaufstellung. Referentin: Frau Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung

Der Vortrag von Fr. Schöttler folgt im Wesentlichen ihrer PowerPoint-Präsentation. **(s. Anlage)**

Folgende Punkte sind hervorzuheben:

- Der Haushalt bildet das Herzstück politischer Entscheidungen. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus Zuwendungen des Senats und den Einnahmen aus Gebühren.
- Es handelt sich um eine Globalsumme, unterteilt in Personalmittel (aufgrund von Mitarbeiterwechsel, Stellenbesetzungsproblemen etc. nicht immer exakt planbar), konsumtive Mittel (z.B. Bewirtschaftung von Gebäuden) und investive Mittel (größere Baumaßnahmen, z.B. Schulen).
- Die BVV beschließt "Doppelhaushalte" für jeweils zwei Jahre.

- Das Bezirksamt erstellt den Haushaltsentwurf, der dann im Wesentlichen im BVV-Hauptausschuss und weiteren BVV-Fachausschüssen bis September beraten wird, ehe er in der BVV beschlossen wird.
- Der beschlossene Haushalt muss von der Senatsfinanzverwaltung genehmigt werden, ehe er in Kraft treten kann.
- Die BVV selber kann über „BVV-Sondermittel“ verfügen, mit denen Träger oder Projekte mit bis zu 2000 Euro unterstützt werden können.
- Gesamtdauer des Vorgangs ca. ein dreiviertel Jahr.

In der Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

Die Frage, ob die Positionen zur Förderung von Barrierefreiheit im Haushalt gesondert ausgewiesen sind, verneint Frau Schöttler. Verbesserungen der Barrierefreiheit würden Teil der baulichen Investitionen und der baulichen Unterhaltung sein.

Sie weist darüber hinaus auch darauf hin, dass sich im Hinblick auf Barrierefreiheit die "Denkweise" ändern müsse, was z.B. die Aufmerksamkeit für "weiche Themen" (Einladung zu Sitzungen mit Hinweisen auf Barrierefreiheit etc.) bedeute.

Es seien während des laufenden Haushaltsjahres ("unterjährig") im Hinblick auf kleinere Maßnahmen Umschichtungen im Haushalt möglich. Als Beispiel wird die Entfristung der Mitarbeiter_innen-Stelle ab 1.6.2017 bei Fr. Schneider genannt.

Die Frage, ob behindertenpolitische Kernforderungen des Beirates frühestens ab 2018 realisiert werden können, wird von Frau Schöttler bejaht. Insgesamt würdigt Fr. Schöttler die Kernforderungen des Beirats, z.B. die für einen eigenen Haushaltstitel „Absenkung von Bordsteinkanten“. Sie hoffe, dass die für diesen Bereich zuständige Stadträtin der Forderung in deren Entwurf berücksichtigen werde.

Auf die Frage nach in den vergangenen Jahren nicht abgerufenen zusätzlichen Landes-Sondermittel verweist Fr. Schöttler auf eine geplante Steigerung der Leistungen, dabei aber auch auf Probleme bedingt durch Personalmangel.

Auf die Fragen nach einem "Aktionsplan Inklusion" und nach dem Bereich „Schule und Inklusion“ erklärt Fr. Schöttler, dass ein eigenständiger Haushaltstitel „Inklusion“ vorgesehen sei, um einen solchen Aktions- und Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-BRK zu erstellen.

Bei schulischer Inklusion liege die Zuständigkeit bei der Landesverwaltung. Der Bezirk sei als Schulträger zuständig für die Schulgebäude.

Frau Schneider dankt Frau Schöttler und Herrn Hennings.

4. Aktuelle Viertelstunde

Hr. Filar moniert die häufigen Fahrstuhlprobleme in den degewo-Hochhäusern in der Waldsassener Straße, unter denen insbesondere Rollstuhlbenutzer zu leiden haben. Hier wären Aktivitäten des Bezirksamtes wünschenswert - also etwa entsprechende Hinweise an die degewo zur Einleitung von Maßnahmen gegenüber dem Aufzugsunternehmen.

Fr. Schneider bestätigt diese Problematik auch in Häusern anderer Vermieter. Sie weist daraufhin, dass das Bezirksamt keine Möglichkeit der Einflussnahme habe. Es handle sich nicht um ein bauaufsichtsrechtliches, sondern um ein mietrechtliches Problem.

Hr. Kersten weist hin auf die berlinweit am 12.10.2017 stattfindende Aktion "Schichtwechsel". Beschäftigte aus Unternehmen und Behörden tauschen für einen Tag die Arbeitsplätze. (siehe unter <http://www.schichtwechsel-berlin.de/>).

Herr Kersten dankt dem Bezirksamt für die Unterstützung zu diesem Aktionstag. Frau Schöttler und Frau Schneider werden in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung hospitieren, weitere

Mitarbeiter_innen haben sich ebenfalls angemeldet oder Hospitationsplätze für Werkstattbeschäftigte nach einem Aufruf von Frau Schöttler zur Verfügung gestellt. Fr. Schöttler begrüßt den Aktionstag als Instrument zur Erhöhung der Diversity-Kompetenz der Behörden-Mitarbeiter_innen.

5. Berichte aus den Arbeitsgruppen (AG's): AG barrierefreier Verkehrsraum a) Prio-Liste (Fr. Schneider) b) AZ Lichtenrade (Fr. Weidenhaupt) c) Maaßenstraße (Fr. Schneider)

a) Prio-Liste (Fr. Schneider): Fr. Schneider teilt mit, dass die Prio-Liste den Beiräten bereits vorliegt.

b) AZ Lichtenrade (Fr. Weidenhaupt): Die letzte Sitzung sei mangels Teilnehmer_innen nicht beschlussfähig gewesen. Im Hinblick auf die Dresdner Bahn seien ebenfalls keine Beschlüsse möglich, da Unklarheiten bzgl. der Planungen der DB bestehen. Fr. Schöttler merkt an, dass diesbzgl. die Rechtsentscheidung Ende Juni 2017 abzuwarten wäre. (*Urteil liegt mittlerweile vor: Die Bahn kann oberirdisch bauen. FS*)

Fr. Weidenhaupt benennt negative Aspekte wie die Verdrängung eines Kiosk und bedauert, dass es Positiventwicklungen allenfalls im Kleinstformat gebe, etwa die Aufstellung von zwei Bänken.

c) Maaßenstraße (Fr. Schneider): Fr. Schneider informiert, dass die Evaluierung „Nutzerfreundlichkeit und Verkehrssicherheit für Menschen mit Behinderung“ der Begegnungszone Maaßenstraße wie geplant verlaufe. Es seien 21 Interviews durchgeführt worden mit Menschen mit verschiedenen Behinderungsarten. Die Interviewergebnisse sollen Mitte Juni 2017 vorliegen, eine Ergebnispräsentation ist in Vorbereitung.

Aus dem Beirat wird darauf hingewiesen, dass die zuständige Senatsverwaltung angekündigt hätte, die Ergebnisse der Evaluation in die Planungen für die Begegnungszone Bergmannstraße einfließen zu lassen.

6. Berichte aus Gremien und BVV-Ausschüssen: Ausschuß Frauen, Queer und Inklusion, Ausschuß für Gesundheit

entfällt

7. Bericht des Vorstands

entfällt

8. Bericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung – Frau Schneider

Fr. Schneider bittet um Zustimmung der Beiratsmitglieder für die beiratsinterne Veröffentlichung der Mitgliederliste mit Kontaktdaten. Der Beirat beschließt, dass Fr. Schneider bei allen Beiratsmitgliedern per Mail anfragt, welche Kontaktdaten von wem zur Versendung an alle Beiratsmitglieder zur internen Verwendung zur Verfügung gestellt werden können.

Der auf der letzten Beiratssitzung eingebrachte Punkt: „Probleme von Menschen mit Behinderung mit bezirklichen Leistungsstellen“ wird von Frau Schneider aufgegriffen. Sie bietet die Koordinierung einer noch zu gründenden Beirats-AG an ("AG Beschwerden/Leistungskonflikte"). Es solle herausgearbeitet werden, ob es sich um Einzelfälle handle, oder um strukturelle Defizite, zu denen der Beirat Handlungsempfehlungen oder Stellungnahmen für das Bezirksamt und die BVV erarbeiten könne.

Der Vorschlag wird angenommen.

Ihre Teilnahme an dieser AG sagen zu: Fr. Gaszczyk (VdK), Fr. Mackiewicz, Hr. Filar, Hr. Kersten (L-Werk) und Fr. Bielefeld für Herrn Brühl von der FürstDonnersmarckStiftung.

Fr. Schneider informiert über den Stand City-Toiletten:

Anfang Mai waren die bezirklichen Behindertenbeauftragten und-beiräte erstmals eingeladen zu einem Treffen bei der Senatsverwaltung VKU. Neben Frau Schneider haben Frau Hantke (BVV-Fraktion SPD), Herr Karsten (BVV-Fraktion AfD), Frau Weidenhaupt, Frau Gaszczyk und Frau Mackiewicz für TS teilgenommen.

Nächster Termin ist Ende Juni 2017, eine Einladung steht noch aus, ein Fragebogen ist von Frau Schneider an die Beiräte versandt worden. Der Beirat ist sich einig, dass die Toiletten in der jetzigen Form erhalten bleiben sollten. Es wird vom Beirat festgestellt, dass die WC-Frage eine umfassende Frage der Teilhabe ist, da die Mobilität abhängig sei von dem Vorhandensein barrierefreier öffentlicher Toiletten.

Fr. Schneider erinnert daran, dass der Landesbeirat für Menschen mit Behinderung, alle Berliner Behindertenbeauftragten, die Landesseniorenvertretung ein 2-jähriges Moratorium gefordert hätten. Sie berichtet von der Aussage der Senatsverwaltung, dass alle Standorte erhalten werden sollen und weitere hinzukommen sollen.

Frau Schneider weist daraufhin, dass die zuverlässige Wartung und der Betrieb der WC-Anlagen der neuralgische Punkt seien.

Fr. Schöttler weist darauf hin, dass durch das jetzige Vertragskonstrukt mit der WALL GmbH (kostenlose Vergabe der öffentlichen Werbeflächen an Wall – Betrieb und Wartung der WCs durch WALL) keine Transparenz über entgangene Einnahmen für das Land Berlin sowie über die Unterhaltskosten der WC-Anlagen bestehe. Sie weist weiter daraufhin, dass Werbung im öffentlichen Raum umstritten sei.

Fr. Schneider sagt im Hinblick auf die vom Beirat befürchtete mögliche Schließung der defekten WALL-Toilette Albert-/Ecke Hauptstraße Nachforschungen zu. *(sind zwischenzeitlich erfolgt, Beiräte wurden informiert. FS)*

9 Verschiedenes

entfällt

Fr. Schneider schließt die Sitzung, bedankt sich bei allen für ihre Teilnahme und wünscht einen schönen Sommer.

Schriftführer: Herr Foster